

Gemeinderat soll heute versuchen, Probleme mit Grenoble beizulegen

Innsbruck strebt Versöhnung an

Mit einer Resolution soll der Gemeinderat heute einen Schlussstrich unter die Probleme in der Städtepartnerschaft mit Grenoble ziehen. BM Herwig van Staa legte den Text gestern dem Stadtsenat vor.

INNSBRUCK (slr.). Es sei eine sehr moderate Resolution, so van Staa gestern auf einer Pressekonferenz, mit der Innsbruck sein Bekenntnis zu den Zielsetzungen des Europarates, besonders im Hinblick auf die Städtepartnerschaft mit Grenoble, erneuere und unterstreiche. Van Staa möchte nicht weiter Öl ins Feuer gießen, sondern im Gegenteil mit einer Grundsatzklärung die Wogen glätten.

„Mein Bemühen war es, zu einer vernünftigen Situation zu kommen.“ Innsbruck und Grenoble seien wichtige Zentren des Alpenraums. Und da man ohnehin zusammenarbeiten müsse – mit oder ohne Städtepartnerschaft –, erscheint es dem Bürgermeister sinnvoll, jetzt einen Schlussstrich unter die Angelegenheit zu ziehen. „Städtepartnerschaften sollen durch die EU-Sanktionen nicht belastet werden. Deshalb auch mein Versuch, hier eine moderate Basis zu finden, auf der man wieder



BM Herwig van Staa mit seinem Amtskollegen aus Grenoble, Michel Destot. Heute soll der Innsbrucker Gemeinderat eine Resolution an Grenoble beschließen.

Foto: Fischer

zusammenkommen kann, um miteinander zu reden.“

Für einige Aufregung im Gemeinderat dürfte aber der Punkt 6 der Resolution führen. Darin soll der Gemeinderat beschließen, dem Präsidenten und den im Kongress

der Gemeinden und Regionen des Europarates vertretenen Fraktionen zu danken, dass „bewusste Fehlinformationen“ der Grünen, die „geeignet waren, die Landeshauptstadt Innsbruck international zu diskreditieren“, nicht zum

Ziel geführt hätten.

Konkret, so van Staa, gehe es dabei um „unwahre oder teilweise Berichte an den Europarat“ im Zusammenhang mit der Abhaltung der „Festakademie Europa 2000“, um van Staas Wahl zum Präsidenten

ten der Kammern der Gemeinden zu verhindern. Was die Grünen nicht hätten wissen können: Er selbst habe dem Europarat bereits zu einem früheren Zeitpunkt alle diesbezüglichen Unterlagen zur Verfügung gestellt. Er werde diese Rede heute auch im Gemeinderat kommentieren. „Und die Tatsache meiner Wiederwahl spricht ja eine eindeutige Sprache.“

In der Sache Verkauf der Gilmschule, habe die BTV versichert, das denkmalgeschützte Gebäude zu renovieren und es nur für öffentliche Zwecke und nicht für Bankgeschäfte zu verwenden. In der Frage der noch ausstehenden Bewertung der Liegenschaft in der Haspingerstraße, die an den Bund abgetreten werden soll, werde die Stadt Zug um Zug vorgehen und erst selbst die Bewertung vornehmen – und bei Differenzen einen gemeinsamen Gutachter bestellen.

Und schließlich informierte StR Michael Bielowski den Stadtsenat, dass die Universiade 2003 für Innsbruck Kosten in Höhe von rund 12 Millionen Schilling mit sich bringen würde. Es gebe aber bereits Grundsatzklärungen von Bund und Land, sich an diesen Kosten zu beteiligen.

Anrainer wollen